

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abgabepreis: Die halbjährliche Kopiersumme 15 Wk.
Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zettelstraße 10 bis spätestens demnächst 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Halbjährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Wk. von unsern Lesern ins Haus gebracht 1,75 Wk. und durch den Briefträger 1,74 Wk.

Halbjährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zettelstraße 10, auch von unsern Lesern und allen Agenten, Buchhändlern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 31.

Donnerstag, den 13. März 1919.

58. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung

Brinnar, 10. März. Die Sitzung wurde 2 Uhr 20 eröffnet. Angehörige: Ernährungsinterpellation. Zur Begründung führt Abg. Peters (Dem.) aus: Die Regierung muß mit absoluter Wahrsamkeit und Klarheit dem deutschen Volk sagen, wie die Lage ist. Anbehalten müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufreihen. Die Arbeitseinstellungen müssen aufgehört, damit die vorhandenen Vorräte nicht als Futur vor der Unfähigkeit vergeudet werden, und damit die neue Ernte gefördert wird.

Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide und Eier, weiter den Abbau der Kriegswirtschaften. Zum zweiten haben wir unsere Interpretation eingebracht, um an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die es herführen aber nicht wollen.

Abg. Dr. Semmler (Zn.). Die Zwangswirtschaft muß nach dem Vorschlag von Dr. Meißner abgebaut werden. Die Ablieferung einer bestimmten Menge ist zu verlangen; im übrigen muß aber den Landwirten volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit dem Verlesen einer Mitteilung des Stabes des freiwilligen Vorkämpferkorps an die Nationalversammlung, wonach die Verdringung des in Halle gefesteten Oberleutnants v. Klüber am Dienstag nachmittag 3 Uhr stattfindet.

Seine Damen und Herren! Oberleutnant v. Klüber ist beauftragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu treffen. Er hat dieselben in nullstündiger Eile besorgt. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit auch für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestfälliger Weise hingerichtet worden. (Beifall.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit schmerzlicher und herzlicher Teilnahme der blauen Offiziere, welche die Umstände in Weimar unter unseren kaiserlichen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinarbeit gegangen, gefallen oder auch zum Tode hingerichtet.

(Beifall.) An der Reichenseierlichkeit des gemordeten Oberleutnants v. Klüber wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Abordnung wird sich nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Kaufmann wird namens unserer Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anträge.

Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin.

Meißeernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß die Aufgabe der Wobenzation von fünf Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in den Transportverhältnissen. Sobald freies Getreide zu erwarten ist — Anfang April — werden die Transporte in verfeinertem Maße wieder aufgenommen werden.

Scheidemann (Soz.) macht auf das Verbot des Weizenkonsums in den Militärlagern aufmerksam, im besetzten Gebiete Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen vorzunehmen.

Interfraktionssekretär Albert: Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbots unverzüglich bei den Militären angefragt. General Nubart hat erwidert, die Befehlshaber hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunisten für den vorläufigen noch auf ihren Köpfen verbleiben. Die deutsche Regierung wird erneut entsprechende Verhandlung gegen dieses Verbot einleiten.

Verzweifelte Ernährungslage.

Die Interpellation der Abgeordneten Müller (Dreslau (Soz.)), Groeber (Zn.) und Mayer (Dem.) über die künftige Ernährung des deutschen Volkes führte in der Nationalversammlung zu einer

lebhafte Aussprache, die selber nur allgemein den überaus großen Ernst der Lage konstatierte.

Der Reichsernährungsminister Schmidt kam bei seinen Ausführungen zu folgendem Ergebnis:

Es bleibt uns nur übrig, den festfortschritt für die Volksernährung durch Einfuhr vom Ausland zu decken. Weder sind das und Lebensmittel zu ersetzen, noch die Stimmen der Bernunft erfüllt werden und doch der Appell an Menschlichkeit und Gerechtigkeit verhallt wie die Stimme des Predigers in der Wüste.

Alles spricht dafür, daß der Weltmarkt für Getreide und Getreideerzeugnisse fortgesetzt werden soll. Trotz aller Bedenken ist nicht so schlimm, wie unsere Ernährung, wenn uns nicht durch Hunger, Streik und politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeiten aus den neutralen und sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden worden wären. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringem Umfang wie Getreide, Mehl, Öl, Milch, Fleisch und Süßwaren, einfließen können, wenn die nötigen Fremdwährungen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kautschuk und Eisen. Weil wir das aber nicht bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschmuggelt worden. (Hört! Hört!) Bewegung. Zurufe: Die Schuld der Unabhängigen! Das Verbrechen liegt darnieder. Die Kohlenzeugung ruht auf ganz schwachen Grundlagen. Das Ausland will nicht unter entwertetem Geld, es will unsere Erzeugnisse. Gerade deshalb trifft uns diese Art der politischen Agitation so ungemein hart, und ich trage mich vergeblich, leben den unsere Arbeiter nicht, daß in der jetzigen Zeit jeder Streik wachsende Dänen anleitet und daß sie selbst am schwersten darunter leiden müssen (Auskommung). Nach jedem Streik kommen Arbeiter zu mir und fordern härtere Belieferung mit Lebensmitteln, nachdem sie vorher mir die Zahlungsmittel: Kohle, Kautschuk und Eisen, aus der Hand geschlagen haben. (Hört! Hört! und Bewegung.) Auch die Verteilung der vorhandenen Lebensmittel wird immer mehr in Frage gestellt. (Hört! Hört!)

Ich kann die Verantwortung für die Ernährung der Städte nicht mehr übernehmen, wenn auf der anderen Seite nicht Vernunft und Einsicht zurückkehren. (Hört, hört!)

Der Schleichhandel

Heute ist wirksam nur bekämpft, wenn die Nationen in hoch gelagert werden können, daß das Interesse an Schleichhandel fortfällt. Ein Verbrechen ist es, wenn den Landwirten gesagt wird, ihr könnt auch streiken. Das sind die Spartaufzüge im Mund der Landwirte. (Große Anrede.) Auf des Abg. Westfale: Wo bleiben die Kohlen? Die Zwangswirtschaft ist kein Wirtschaftssystem. Maßnahmen zu ihrer Aufhebung sind eingeleitet für das Brotgetreide und Getreide, ebenso für Dörrengetreide, Saucereifer und Salzgemisch. Weisheit können wir von den Hilfsfrüchten nur einen Teil erlassen und das übrige freigegeben und können eben bei Getreide und Äpfel aber ein gewisses Quantum hinaus Zugeschnitten machen. Weisheit auch bei Getreide und Getreide die Zwangswirtschaft aufheben, ebenso für Äpfel, weiterhin zum Teil, wenn der Verbrauch für die Äpfel und Äpfel und Äpfel sicherer gestellt ist. Endlich können wir vielleicht, wenn der Verbrauchszweck sichergestellt ist, das was darüber hinausgeht, freilassen. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide ablehnen, für Getreide, für die Butter und Milchbetriebswirtschaft und für die Kartoffelversorgung. Ich glaube nicht, daß die deutsche Landwirtschaft unseren Bedarf decken könnte. Trotzdem werden wir alles tun, um die Produktion zu erhöhen, schon weil wir gar nicht die Mittel haben, eine große Einfuhr finanziell zu bestreiten.

Die Lösung der Arbeiterfrage sehe ich in der Schaffung eines kleindarierlichen Besitzes, dem auch in der Gegenwart genossenschaftlicher Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sich die technischen Fortschritte zunutze zu machen.

Interfraktionssekretär im Reichsernährungsamt Ederer v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Vorgeschichte der letzten Verhandlungen in Spa. Der Oberste Kriegsrat in Paris hat sich vor einigen Tagen eingehend mit der Frage der deutschen Lebensmittelversorgung beschäftigt, und es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß es an einer Klärung des Waffenstillstandes nicht kommen wird, vielmehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen, und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Schiele (Dnl.) erfaßt einen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Weltmarkt und Landwirtschaft. Er unterbreitet der Nationalversammlung einen Antrag dieses Ausschusses, der eingehende Berücksichtigung enthält für eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringenden Arbeiten in

der Landwirtschaft, insbesondere der Frühjahrsstellung.

Abg. Bäum (Zn.): Wir Landwirte werden unter keinen Umständen streiken (Beifall), es ist unser aller Aufgabe, die Erzeugungsfähigkeit des Bauernstandes zu fördern. Wästen es doch unsere Chemiker dahin gebracht, einige Kilometer überflüssiger Verbindungen in Stofflos zu verhandeln (Sehr laut und Heiterkeit.) Wilson sollte seinen 14 Punkten den 15. hinzufügen: Laß deinen Nächsten nicht verhungern, auch wenn es dein Feind ist. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Baum (L. Soz.) spricht auf Grund seiner Erfahrungen über die Lebensmittelversorgung und auch über die Streiks und die Vorkommnisse in Wittenberg, die er zwar nicht zu beschönigen, aber doch zu entschuldigend versucht.

Reichsminister David: Früher hatten wir keinen Nahrungsmittelmangel, keinen Verzehrmangel, da war der Streik ein berechtigtes Kampfmittel. Das kann er heute nicht sein, weil wir in Gefahr stehen, in einen Abgrund hineinzufallen. Das Streikrecht der Arbeiter hat eine Grenze da, wo das Lebensrecht des Volkes ansetzt. Der Streik ist ein Verbrechen, wenn er sich gegen das Leben der Bevölkerung wendet, das muß jeder verständige Arbeiter einsehen. Wir hätten aus neutralen Ländern manche Nahrungsmittel bekommen können, wenn wir dafür Kohlen hätten geben können. Die Unabhängigen Sozialisten tragen die Mitschuld daran, daß es zu diesen furchtbaren Sitten unserer Wirtschaft gekommen ist, und daß die Gewalt des gegenwärtigen Abwärtens fortdauern. (Stürmischer Widerspruch bei den L. Soz.)

Abg. Eisenberger (Zn., Bauernbund): Als kleiner Betriebsbauer will ich nur ein paar Worte zu Euch sprechen. Auf dem Gebiete des Schleichhandels wird viel gefündigt, am meisten von den besseren Ständen, die auf die Weise unheimlich viel Nahrungsmittel aus dem Lande herausziehen. Die Frage über den Mangel an Nahrungsmitteln ist — richtig. Der Mangel liegt aber zweifelslos daran, daß der Großgrundbesitz infolge der vielen Verluste zu wenig Stallmist produziert. Mit Recht verlangt der Ausfuhr die Inangriffnahme von Kulturarbeiten in den Höfen. Bei uns in Bayern haben die Fideikommissbesitzer ihre besten Besitztümer aufgegeben und in Jagdschlösser verhandelt. Auch die Regierung hat manche Fehler begangen, ich erinnere nur an ihre verkehrte Sozialpolitik. (Große Heiterkeit.) Man sorge dafür, daß die Gendarmen, die man hinausgeschickt, um die Bauern zu kontrollieren, nicht bei den Großgrundbesitzern vorbeigehen. Der Großgrundbesitz, der bisher so wenig für die Volksernährung geteilt hat, müßte aufgestellt werden. (Beifall.)

Abg. Schömann (Soz.): Die eben gebrachte vorläufige Rede beweist, wie viele Berührungspunkte zwischen Kleinbauern und Sozialdemokratie bestehen (Widerpruch und Laus rechts), mehr jedenfalls, als zwischen Herrn Eisenberger und den Großgrundbesitzern. Das habe volles Verständnis für den tiefen sittlichen Gehalt des Christentums; wollen alle nach dem Grundfals handeln: Weich dem Untertanen kein Brot, dann brauchen wir keine Brotkruste. Aber am allermeisten die Landwirte hat nach diesem Wort und nach dem Satz: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ gehalten.

Abg. Duffe (L. Soz.): Auch die bestehende Sozialisierung in der Landwirtschaft wäre der größte Ruin Deutschlands; die Regierung würde an dem Verhalten sämtlicher Landbesitzer vom größten bis zum kleinsten ihr blaues Wunder erleben. An jeder Kuh, die wir zum Schlachten abliefern, verlieren wir mindestens 1000 Mark (Sehr lebhafter Widerspruch links). Den Verdienst am Schleichhandel an Fleisch erlangt nicht der Landwirt, sondern der Zwischenhändler.

Reichsminister Schmidt: Die Interaktion gedenke ich nicht herabzusetzen, noch den Zuckerpriest auf das Verbot des Friedenspreises zu erhöhen, das wäre ein Verbrechen an den Verbrauchern, auch ein Kartoffelpriest von 10 Mark wäre unerbittlich. Ich schlichte die Bestrafung. Der Antrag der Ausschüsse wird angenommen. Darin befindet sich auch der Vorschlag, daß Landarbeiter bei öffentlichen Postenarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen, wenn sie ohne zwingenden Grund landwirtschaftliche Stellen aufgeben haben; gegen diesen Vorschlag stimmen die Sozialdemokraten.

Warum die Entente einleitet.

Zur Deut der englischen Anzeigen. Zu der Vorgeschiede eines nach Weimar gesandten Telegramms, worin die deutsche Regierung verständigt worden ist, daß die Entente es übernehmen will, Deutschland bis August mit Lebensmitteln zu versorgen, weil eine vollständige Entente folgende interessante Einzelheiten erfahren haben:

Der französische Minister Loucheur hatte noch einen Kompromißvorschlag gemacht, wonach Amerika die Ausgaben für die Ernährung übernehmen sollte, wenn diese 500 Millionen Dollar überfließen. Die amerikanischen Delegierten betonten, daß sie durch Beschluß des Konferences verbindlich seien, einen solchen Vorschlag anzunehmen.

Die Karte von ... auf einer ... zu ...
wie, als ... General Blücher, dem
Kommandeur der britischen Besatzungsarmee in Deutsch-
land, ein Telegramm erhalten habe, worin dieser ihm
mittelt, daß die britischen Soldaten lieber meutern
würden, bevor sie weiter mit ansetzen würden, wie
Frauen und Kinder in den Straßen der besetzten Städte
verhungern.

Lobd George sagte hinzu, daß General Blücher
wohl nicht deutschfreundlicher Geminnung beschuldigt
werden könne. Diese Ausführungen wirkten wie ein
Blitzschlag, und danach beschloß der Rat der Besatzungs-
verwaltung seine Güternahme mehr in der Weg zu
legen. Man müßte ein, sofort zu handeln, und selbst
Clemenceau erklärte, daß man mit der Hilfe Frank-
reichs werde rechnen können.

Berliner Kampfzige.

30 Spartakisten erschossen.
In der Gegend der Michaelstraße und Markstraße
wurde ein Spartakistenfest ausgebrochen, das die dortige
Gegend mit Maschinengewehrfeuer beschießen hatte. Da-
bei wurden in Ausführung des Erlasses über die Ein-
führung des Standrechts 30 Spartakisten standrechtlich
erschossen, da sie mit Waffen in der Hand an-
getroffen worden waren. Der Rest der Spartakisten
wurde in Haft genommen.

Am Hauptort Lichtenberg

zeigt sich eine Art von systematischer Organisation
der Spartakisten. Die Leitung soll ein gewisser Ve-
ro und St. haben, dem einzelne Trupps unter-
stellt sind. Die dortigen Blücker sind geflohen. Die
Spartakisten verfügen auch über Artillerie, und haben
im Laufe des Vormittags planlos einzelne Städte
des Lichtenbergs beschoßen. Einen militärischen Stab
können sie mit diesem Verfahren ihren Gegnern
nicht aufstellen. Unter der Zivilbevölkerung sind durch
dieses Schießen bedauerliche Verluste entstanden.

Die Regierungstruppen gehen systematisch gegen
Lichtenberg vor. Eine Batterie der Spartakisten in
der westlichen Gegend Lichtenbergs wurde durch das
von Fliegern vorzüglich geleitete Feuer der Frei-
willigenstruppen in kurzer Zeit zum Schweigen ge-
bracht. Wenn auch bei der Erbitterung des Gegners
nicht gerechnet werden muß, daß noch Kämpfe be-
vorstehen, so kann der

Ausgang doch nicht zweifelhaft

sein. Es steht zu hoffen, daß Lichtenberg in kurzer
Zeit von den Spartakisten bereinigt wird. Die
Stadt hat durch die Beschießung gelitten. Besonders
in der Balladenstraße sind eine Reihe von Häusern
fast völlig zerstört. In allen Straßen erwiderten
die Spartakisten Barrakaden von Kugeln, Mör-
schüssen, Sägen und Mägen, die von umliegenden
Böschungern. Die Bewohner der besetzten Stra-
ßen werden von den Spartakisten an der Flucht
aus den bedrohten Stadtteilen gehindert.

Dyfer der Kämpfe.

die die Kämpfe ununterbrochen fordern, müßte ständ-
lich. Sie läßt sich nach den bisherigen Vorgängen in
Lichtenberg nicht im entferntesten übersehen. Im
Berliner Reichsanzeiger sind weitere 35 Kämpfe un-
tergebracht worden, so daß allein hier bereits un-
gefähr 200 Tote liegen. Viele Dyfer fordert auch
die Verhängung des Standrechts und die Stellung
der Angehörigen der Volksmarineinführung unter das
Kriegsrecht. So wurden im Berliner Volkstribunal
allein sechs Matrosen, die im Kampf gegen die
Regierungstruppen gefangen genommen worden wa-
ren, nach ihrer Vernehmung standrechtlich erschossen.
Unterdessen nimmt die spartakistische Aufrege-
lung weitere Ausbreitung nach Süden und Süd-
osten. Es ist daher an ein baldiges Aufblauen der
erbitterten Kämpfe kaum zu denken. Auch in Neu-
kölln haben die Unruhen größeren Umfang als bis-
her angenommen, und aus diesen Gründen werden
die Regierungstruppen mit aller Energie an die Ein-
schränkung des Lichtenbergs gehen. Der Bahnhof in Lichten-
berg ist von den Spartakisten besetzt. Sie haben aus
Schienenstränge aufgerissen. Spartakistische Ein-
kräfte sollen im Innern auf das Artilleriedepot
Neukölln vorstoßen, um sich in den Besitz des Ge-
schützparkes zu setzen. Gegenüber der unter der Be-
wohnerschaft der südlichen Stadtviertel verbreiteten
Meinung, daß die schweren Schäden an Menschen-
leben und Häusern, die durch die beständige Artillerie-
wirkung hervorgerufen sind, von der Beschießung
durch die Regierungstruppen herkönnen, muß daraus
hingewiesen werden, daß die Kommunisten ebenfalls
aber nicht zu unterschätzende Artillerie verfügen, die
rückwärts eingesetzt wird. Wenn auch der Luftdruck
in der Innenstadt durch die Beschießung der Regierungstrup-
pen nach Berlin herbeizieht, ein Wiederaufkommen da-
selbst zumindest niedergehalten wird, so bemerkt doch
die Ausbreitung und die erbitterte Heftigkeit der
Kämpfe an der südlichen und südöstlichen Peripherie
der Stadt, daß mit einer endgültigen Niederlage der
Revolte für die allerersten Tage noch nicht
gerechnet werden darf. Aus diesem Grunde sind weite-
re beträchtliche Verstärkungen der Regierungstrup-
pen nach Berlin herbeizieht, die zum Teil schon ein-
getroffen sind. Nach der Beschießung des Stand-
rechts sehen sich die Kommunisten mit einer fanati-
schen Kampfeswut vor Wehr, die nichts mehr zu
verlieren hat.

Am Reichstagern.

Die Bewohner der Frankfurter Allee an der Nöb-
lender Grenze sind durch die vierstündigen Kämpfe
den Verhörungen nahe. Die Spartakisten haben alle
Geschäfte ausgeraubt, so daß für die Anwohner nicht
das Geringste an Nahrungsmitteln übriggeblieben ist.
Es kann aber auch niemand auf die Straße hinaus.
Am Laufe des Montags ist übrigens auch das große
Lebensmitteldepot am Frankfurter Ringbahnhof ge-
plündert worden. Während des ganzen Tages schlep-

den bewaffnete Büchsen, Frauen und Kinder aus
diesen Depot Säcke, Möbel, Kerzen, Eisen,
Küchlein und Konfektionswaren hinweg, ohne daß ihnen
Einkauf geboten werden konnte.

„Friedensschiffen“ der Spartakisten.

Wie verlautet, sind die Spartakisten bereit zu
„Verhandeln“. In der letzten Nacht erschien eine
Deputation bei Reichswehrminister Postel und fragte
an, unter welchen Bedingungen der Frieden verzu-
stellen sei.

Die den Spartakisten erteilte Antwort des
Reichswehrministers soll gelautet haben: Bedingungs-
lose Übergabe und Ablieferung sämtlicher in Besitz
der Spartakisten befindlichen Waffen.

Berlin, 11. März. Heute mittag wurde von Truppen
der Garde-Kavallerie-Schützenbrigade am Frankfurter Platz
ein bewaffneter Spartaft gefangenommen, in dessen Besitz
für 800000 Mk. garantierte Juwelen gefunden wurden. Er
wurde sofort standrechtlich erschossen.

Berlin, 10. März. Die Morgenblätter melden: Nach
Erklärung des Völklinger Polizeipräsidenten zogen die
Spartakisten nach dem Völklinger Hauptplatz, um das
Fernsprechamt zu besetzen. Das Postamt hatte bereits seit
mehreren Tagen eine militärische Wache erhalten. Die schwache
Besatzung des Postamtes nahm den Kampf mit den über-
mächtigen Angreifern auf, und feuerte solange bis die letzte
Patrone verschossen war. Dann stürzten die Spartakisten
das Postamt und übernahmen die Hälfte der Besatzung,
die sich im Innern des Gebäudes noch hartnäckig mit dem
Kolben wehrte. Die gefangenen Regierungssoldaten und
20 Offiziere wurden bald darauf ermordet. Den anderen Teil
der Besatzung gelang es schließlich, aus dem Gebäude zu
entkommen und den weiter südwärts liegenden Regierungs-
truppen Meldung von den Geschehnissen zu machen. Es wurde
sodann eine starke Truppe generallmäßig vorgehoben. Die eigen-
tliche Abrechnung mit den Wunden wird erst durch ein zu-
kunftsgewogenes größeres Devisement erst kommen. Im
Postamt ist alles fast und fast geschlagen und die Postfälle,
in der sich im Durchgang fast 80000 Mk. befinden, ge-
raubt worden. Um die Verbindung mit Berlin unmöglich
zu machen, wurde die Telegraphenleitung durchschnitten, um
das Fernsprechamt Lichtenberg von den Kommunisten besetzt.

Streik in Oberschlesien und Sachsen.

Denkmal, 11. März. Im Auslande befinden sich ge-
genwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 200000 Mann
und drei Häften, nämlich: Saurebütte, Postwitz und Ju-
senhütte. Vielfach haben sich die Arbeiter nur widerwillig
angegeschlossen.

Zwickau, 11. März. Gute Frühl sind sämtliche Beleg-
schaften im Kohlenbezirk Celskitz Lugan in den Streik ge-
setzt, im ganzen 14000 Mann um auf die Verhandlungen,
die zurzeit unter Reichsstaatsminister Schwarz in Zwickau
stattfinden, einen Druck auszuüben.

Die Dauerstellung der Franzosen am Rhein.

Es ist noch nicht endgültig bekannt, wie hoch die
Kriegsentschädigung sein soll, die wir an die Feinde
zu zahlen haben werden, doch wird auch das nicht fest,
welche Garantien die Feinde für die Besetzung der
höhen Summe verlangen wird, aber das ist zweifellos,
daß französische Truppen so lange am Rhein bleiben
sollen, bis der Hauptteil des Betrages von uns ab-
geliefert sein wird. Und es kann zur Verhütung aller
unangelegten Hoffnungen nur gesagt werden, daß
dieses lebende Zeugnis nicht nur den Tag hinaus
werden, an welchem es von französischen Kavallari-
den deutschen Boden verläßt, wenn durch England,
Amerika und Italien nicht die französischen Wünsche
bereitet werden. Und die Aussicht auf eine solche
Intervention ist nicht sehr groß.

Die deutschfeindlichen Zeitungen jonglieren mit
Kriegsentschädigungssummen, bei deren Berechnung der
gelungene Verhandlungsverlauf nicht beachtet wird. Das
Deutsche Reich hat nach 200 Milliarden Schulden zu
verzinsen und außerdem noch 150 Milliarden Kriegsentschä-
digung zur Zahlung aufbringen zu wollen, ist ein
Unding; ferner kommt aus Deutschland nicht her-
aus, und wenn man alles auf den Kopf stellt. Es
wäre schließlich auf der Erde einseitiger noch unvorstell-
bar, man würde sich vorstellen, daß man die be-
rechenbar wissen, was wir leisten können. Aber wenn uns
auch nur 50 Milliarden angesetzt werden, die wir in
etwa 25 Jahren zu tilgen haben würden, so wäre
das schon sehr hart, und trotzdem wird es dabei kaum
sein. Und wenn wir die Hälfte der Kriegsentschädigung
noch die Hälfte haben für die Kriegs-Hinterbliebenen
und Verletzten, denn bisher sind alle diese Gelder aus
den Anleihen entnommen. Und auf solche schwankende
Einnahmen können die Dyfer des Krieges, mag es
auch noch so schlecht gehen, doch ganz unzulässig
verleihen werden, dann können eines Tages die Mittel
fehlen.

Wenn die Franzosen ihren Willen auf eine Dauer-
Besetzung des Rheins zur Ausübung bringen, so
können wir uns also darauf gefaßt machen, daß wir
für Regimenter 25 Jahre lang auf dem rheinischen Boden
behalten und sie auf unsere Kosten ernähren müssen.
Was das bei unseren eigenen knappen Verhältnissen
bedeutet, braucht nicht weiter gesagt zu werden. Nach
dem Kriege von 1870-71 hatte die französische Republik
für 10 Milliarden Frankreich, bis damals als eine unvor-
bringliche Summe von Geld, die uns über wollten, be-
zeichnet wurden. Das Geld wurde aber schon in wenigi-
gen Jahren begeben, und die deutschen Truppen räumten
darauf Frankreich. Die damaligen Verhältnisse sind
aber nicht mit den heutigen zu vergleichen, wir haben
nicht allein die enorme Kriegsausgabe beivollt zu tragen,
sondern auch die schweren Besatzungen des Westens
aufzuheben, von denen hier 1871 Frankreich nichts anzumuten
hatten. Man kann deshalb in Paris nicht sagen, daß
Deutschland sollte heute mit dem Maß gemessen werden,
das sie 1871 selbst angewendet hätten. Das ist nicht
geschehen.

Wenn der Rhein auch deutsch bleibt, so ist eine
lange Einquartierung der Franzosen an unserem schönen
Lande doch nicht gleichgültig, wie es manchem Deut-
schen zu sein scheint, die im innern Lande ihr Lebens-
ziel sehen, denn sie gehen über die Einzelgenossen
hinweg. Das wird im Lande zu haben, ist eine

Schmach und ein höllischer Radeschlag dazu. Daraus
gibt es die Franzosen vor 50 Jahren so schnell. Alles
das können wir nicht, dazu sind wir nicht im Stande.
Daß ein helles Wunder geschieht, ist möglich, aber
verlassen können wir uns darauf nicht. Und auch
dieser kaum wahrcheinlichen Möglichkeit wollen die
Franzosen durch ihre Anwesenheit am Rhein entgegen-
wirken.

Englische Schifane.

Auf einer unserer Privatbesitzer hatte sich kürz-
lich ein englische Besatzungskommission über den
Stand der Demontierungsbatterien an dem II-Boots-
neubauten zu überzeugen. Die Boote waren alle im
Druckbayer und in der Größe der Hauptmaschinen
aufgeschnitten, die Haupt- und ein großer Teil der
Hilfsmaschinen war ausgebaut, ebenso die Batterien,
die Räume zum Teil abgegraben, kurz die Boote
waren so weit abgebaut, daß keines von ihnen vor
Anfang eines halben bis dreiviertel Jahres wieder
kriegsbereit zu machen war. Ohne die die englische
Kommission auf einen einzelnen Boot eine Ausbesserung
gemacht hätte, gab ihr Führer nach kurzer Beratung
das Schlußurteil dahin ab: Die Kommission sei nicht
befähigt, die Waffenstillstandsbedingungen seien nicht
erfüllt.

Der mit der Ueberwachung der Demontierung be-
auftragte höhere Marinebeamte hat da, aufhin, ein
Boot namhaft zu machen, bei dem die Waffenstillstands-
bedingungen nicht erfüllt seien. Es konnte kein Boot
genannt werden. Auf die Frage des Beamten, wie
die Kommission zu ihrem Urteil käme, wurde ihm
von dem Führer geantwortet: Wenn wir in London
melde, es seien auf den Booten Batterien abgemontiert
und die Maschinen ausgebaut, so antwortet uns die
Serren, die nichts davon verstehen: Also, wenn man
die Maschinen wieder hineinsetzt und die Platten fest-
nietet, ist das Boot wieder fertig; somit ist es nicht
demontiert. Auf den Einwurf, daß doch der Führer
von dem Beamten geantwortet sei und sein sachmänn-
liches Urteil abzugeben habe, ob keine sachmännlich
abmontiert seien oder nicht, antwortete der Führer:
Für seine Person müßte er als Sachmann erkennen,
daß die Boote abgebaut seien. Auf Erfragen, die
Kommission von seinem Urteil zu unterrichten, tat er
dieses, trotzdem blieb die Kommission bei ihrem Schluß-
urteil, sie sei nicht befähigt, die Waffenstillstands-
bedingungen seien nicht erfüllt.

Paris, 10. März. (Reuter.) Der Oberste Kriegsrat be-
schloß heute seinen Beschluß vom Sonnabend, wonach das
bezügliche einer Freiwilligen-Örer sein muß. Man setzte
die Stärke dieses Heeres auf nur 100000 Mann statt
140000 Mann fest, wie ursprünglich geplant war. Die
Soldaten müssen sich auf 12 Jahre verpflichten.

Volksbewusstsein in den Ententeherren.

Wie der Vertreter der Entente-Komp. in Bern erklärt, ist
der Vorwieser zwischen England und Frankreich seit drei
Tagen fast völlig eingestellt und unterliegt auch bei dem be-
stimmten Umfange der allerhöchsten Kontrolle. Diese Maß-
nahme ist darauf zurückzuführen, daß die englischen Militär-
behörden das Vorhandensein einer engen Kriegsgemeinschaft
zwischen englischen und französischen revolutionären Organi-
sationen entdeckt haben. Bei einer Reihe englischer Frontsol-
daten wurden revolutionäre Antriebe vorgefunden. Diese
Soldaten wurden standrechtlich erschossen. Daraufhin ist aus
Vertretern des französischen und englischen Generalstabes
eine gemeinsame Untersuchungskommission gebildet worden,
die die Aufgabe hat, den revolutionären Antrieben in den
beiderseitigen Armeen entgegenzutreten.

Wie weiter verlautet, haben die Führer der französischen
Frontarmeen Marschall Joch wissen lassen, daß sie keine
unbedingte Gewähr für die Zuverlässigkeit ihrer Truppen
übernehmen können. Joch habe auf Grund dieser Mitteilun-
gen der französischen Militärverwaltung berichtet, jedoch hinzu-
gefügt, daß er hoffe, der Lage Herr zu werden, falls es
gelingt, die Arbeiterkraft im Lande ruhig zu halten. Die
Einstimmung der französischen Arbeiter ist allerdings sehr
revolutionär. Es haben sich im ganzen Lande Arbeitsaus-
schüsse gebildet, die gemeinsam mit den Soldatenaus-
schüssen verhandeln, um der Regierung ein Ultimatum zu stellen,
in dem schärfste Demobilisierung und der Friedensschluß inner-
halb einer kurz bestimmten Frist geordert wird. Man rech-
net damit, daß in Paris anfangs März Ereignisse von großer
Tragweite eintreten werden.

Paris, 10. März. Eine Neutermelbung zufolge, sind
bereits Kontakte mit verschiedenen Firmen abgeschlossen
worden, um Deutschland die nötigen Lebensmittel zu liefern.

Kapitalrentensteuer.

Berlin, 10. März. Wie die „Tagl. Rundschau“ von
zweifellosiger Seite erzählt, wird der Entwurf einer Kapital-
rentensteuer demnächst der Nationalversammlung vorgelegt
werden. Die Steuer von 10 Prozent ist demnach auf alle
Gehalts-, Dividenden- und auch auf alle privaten
Schulden zu bezahen.

Bern, 11. März. (Schweizerische Depesch-Agentur.)
Von gutunterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß voraus-
sichtlich in wenigen Wochen die Exportbeschränkungen für die
Schweizer Industrie zum mindesten sehr stark gemildert, wahr-
scheinlich aber fast aufgehoben werden. Die Transaktions-
kosten bei Verdingungen nach dem Norden soll dieser Tage ver-
einbart werden.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchern, den 12. März.

Wiedereinführung der Sommerzeit? Ueber die
Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit für das Jahr
1919 liegt heute die erste amtliche Äußerung vor. Sie
lautet: Sicheren Berechnungen nach soll im Reichsministerium
des Innern unter Zuziehung aller beteiligten Reichs-
und preussischen Minister die Wiedereinführung der Sommerzeit
für das Jahr 1919 nicht in dieser Woche eingeleitet erörtert
werden.

Die neuen Pensionsvorschriften für die preussischen
Staatsbeamten. Die preussische Regierung hat für
die Pensionierung von Staatsbeamten eine Verordnung erla-

fen, die für eine Lebenszeit, und zwar bis zum Ende 1920, das geltende Pensiongesetz mit seinen wichtigen Bestimmungen außer Kraft setzt. Dieser konnte ein Beamter ohne Nachweis der eingetretenen Dienstunfähigkeit keine Pensionierung beantragen, wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hatte. Bis zu dieser Altersgrenze bestand ein Anrecht auf Pension nur wenn der Beamte infolge eines körperlichen Gebrechens oder Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig war. Als Pension wurde nach den Bestimmungen ein Betrag von einem Drittel des Dienstalters gewährt. Der Höchstbetrag der Pension, der erst nach 40 Dienstjahren erreicht werden konnte, betrug drei Viertel des Dienstalters. Nach den neuen Bestimmungen der Regierung kann jetzt jeder Beamte bis zum Ende des nächsten Jahres, sofern er eine zehnjährige Dienstzeit vollendet hat, seine Pensionierung beantragen, ohne daß der Nachweis der Dienstunfähigkeit verlangt wird. Außerdem wird ohne Rücksicht auf die Dauer der Dienstzeit der bisherige Höchstbetrag, nämlich drei Viertel des Dienstalters als Pension gewährt. Die völlige Abschaffung des bisherigen Grundprinzips der Pensionierung beruht auf politischen Erwägungen. Man will dem Beamten, der nach erfolgtem Eintritt unter dem republikanischen Regime seine Kaufbahn nicht verfolgen will, die Möglichkeit geben, aus dem Dienst zu scheiden. In welchem Umfang von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden wird, bleibt abzuwarten. Die Wichtigkeit spricht dafür, daß Beamte, in erheblicher Zahl die Gelegenheit benützen werden, sich unter den günstigen Bedingungen pensionieren zu lassen, zumal bei den parlamentarischen Systemen und der zu erwartenden Umgestaltung und Vereinfachung der inneren Verwaltung die Beamtenlaufbahn in Zukunft weniger günstige Aussichten bietet als früher. Falls zahlreiche Beamte aus ihrer Stellung ausscheiden, entfällt bei dem hohen Pensionssatz eine sehr starke Belastung der Staatskasse.

Neue Marken. Die Postverwaltung beschließt, drei neue Marken, und zwar 10, 15 und 25 $\frac{1}{2}$ einzuführen, in denen auf die Rationalisierungsmaßnahme Bezug genommen werden soll.

Reichsregierung und militärische Stellen, Arbeiter- und Soldatenräte haben in der höchsten Not des Vaterlandes zur Bildung einer freiwilligen Wehr gegen die uns von Polen und Bolschewiken drohenden äußeren Gefahren aufgerufen (Wehrpflicht) abgeben von den günstigen Bedingungen falls es Pflicht eines jeden deutschen Mannes sei unsere Iden durch den Zusammenstoß so schwer gestreift Dismark zu schützen. Daher Männer aller Parteien kommt und meldet auch. Mehrere Anträge über Bedingungen zum Eintritt erteilt Lehrer Franz Kleinweg 8.

Wie amtlich aus Berlin mitgeteilt wird, sind öffentliche Angestelltenverträge von jetzt bis auf weiteres ebenfalls Vereinstätigkeiten sind. Das Mindestmaß zu befrachten.

Amerfeld, 9. März. Von einer bei dem Aufsichtsrat Karl Einig gelohnten Gelbsumme (14 000 M) sind wie verlautet, 8800 M an der Brücke bei Hausdörfel (Fürstlichendorf-Waldau) in einem Sack gefunden worden. Näheres ist noch nicht bekannt.

Raubraub. Von einigen Tagen wurden in der hiesigen Ziegenfabrik etwa 3000 M nach Hause gestohlen.

Wagner, 11. März. Der Ausschuss für Kleinwohnungsbauten hat mit dem Architekten Engelhardt aus Jena einen Vertrag geschlossen, laut dem G. gegen eine Vergütung von 300 M für jedes Haus die Baueinstellung über 16 Wohnhäuser, die auf dem Teichgraben errichtet werden sollen, übernimmt. Das Haus wird 11 000 M kosten (Friedenspreis 5000 M). Da aber ein Mißbürger 100 000 M zu Kleinwohnungsbauten geschenkt hat, welche Summe zugelegt werden kann, so wird der Preis so bemessen werden, daß Arbeiter die Häuser erwerben können. Auf Antrag des Ausschusses beschließt der Gemeinderat: Die Stadt wird bis auf weiteres Unternehmern des Kleinwohnungsbaus.

Querfurt, 10. März. Hier wurde der Schenkwirt Gerold verhaftet, der im Verdacht steht, an der Ermordung des Oberleitnants von Klüber in Halle beteiligt gewesen zu sein.

Leipzig, 10. März. Der A- und S- Rat hat eine Bekanntmachung erlassen, in der die Arbeiter, nachdem der Generalstreik beendet und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen bebahn sei, angefordert werden, die ihnen angehörenden Waffen und Munition sofort wieder abzugeben. Wenn schnell, wie die Bewaffnung, müsse auch die Ablieferung der Waffen erfolgen. In einer weiteren Bekanntmachung werden die Einschränkungen des Personenverkehrs auf den Straßen, der bisher von 9 Uhr abends bis 11 Uhr früh verboten war, und die Festsetzung des Restschlusses auf 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends aufgehoben. In der Nacht zum Montag kam es namentlich im Osten der Stadt mehrfach zu lebhaften Schießereien. Personen sind anscheinend nicht verletzt worden.

Dessau, 10. März. Im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister, dem Anhaltischen Staatsrat und dem Generalkommando des 4. Armeekorps ist jetzt für Anhalt bereits eine besondere Volkswehr gebildet worden, die den militärischen Sicherheitsdienst in Anhalt bis zur endgültigen Organisation der künftigen Reichswehr übernimmt.

Wittenberg, 11. März. Montag Mittag wurde die im städtischen Gasthaus untergebracht. Ammerdeffische von mehreren unbekanntenen Männern angegriffen. Der Rentner wurde durch mehrere Schläge auf den Kopf betäubt und darauf geschleift. Den Räubern fielen 60 000 M in die Hände.

Leipzig, 10. März. In voriger Woche erschienen eines Tages, mittags, Volkstummelmitglied Dr. Geher und Stadtkommandant Gustav Krug, sowie Zof. Scheib (H. S. P.) mit zwölf Bewaffneten in den Hauptstadt. Geher und Krug verlangten eine Unterredung mit dem Oberbürgermeister, nachdem die Bewaffneten auf dem Platz ihre Gewehre geladen hatten. In der Unterredung forderten Geher und Krug unter Androhung sofortiger Verhaftung und mit der Bedingung, daß sie Geld nötig hätten, wenn die Forderungen von Ruhe und Ordnung in der Stadt weiter gefährdet werden sollten, die Unterschrift folgenden Schriftstückes: Hierdurch trete ich in

meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig von dem geringen Gehalt, welches die Stadtkasse Leipzig bei der Deutsche in Bank, bei der Dresdener Bank und bei der Allgemeinen Deutschen Kreditbank, Filiale Leipzig, hat den Betrag von 400 000 M an den A- und S- Rat in Leipzig dergestalt ab, daß dieser gegen Caution von Dr. Kurt Geher und Scheibung von der Allgemeinen Kreditbank den Betrag von 150 000 M , von der Deutschen Bank den Betrag von 150 000 M und von der Dresdener Bank den Betrag von 100 000 M jellen eintreiben dürfen. Der größte Teil des Geldes wurde ausgezahlt.

Demersches.

Die Apfelmis. Gegenüber den hohen Preisen, die vielfach für die ersten wieder zu uns gekommenen Äpfelstücke verlangt werden, wird aus Mänschen berichtet, daß dort die Apfelmis schon zum Preise von 40 Pfennigen verkauft werden. Mänschen hatte während des ganzen Krieges die verhältnismäßig billigen und auch ziemlich reichlich Lebens- und Genussmittel. Bayern hatte sich überhaupt vorgezogen und von bürokratischer Schamattierung möglichst fern gehalten.

Der Mäher seiner Ehre. Vor dem Schwurgericht Güstrow stand dieser Tage der Jahrgang Prof. Dr. Reimmüller unter der Anklage, den Schauspieler Brings vorfalsch geurteilt zu haben. Frau Reimmüller hatte, als ihr Gatte im Felde stand, ihre Kunst besonders dem genannten Schauspieler zugewandt, der, als Prof. H. von der Front auf Urlaub zurückkehrte, diese Begegnungen unter Ehrenwort in Abrede stellte, dann aber, als sie eskalieren erwiesen waren, für den betrogenen Gatten nur Spott und Hohn hatte. Der beleidigte Ehemann schloß darauf den als Frauenjäger überberühmten Verführer kurzer Hand nieder. Die Schwestern beklagten die seitlichen Vorgänge bei dem Angeklagten im Angesichte der Tat und verneinten die Schulfrage. Daraufhin erfolgte die Freisprechung des Angeklagten, die überall sympatisch aufgenommen wurde.

Ein aufsehenerregender Prozeß wird in kürzester Zeit das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage, im November v. J. den gesamten Flugzeugpark Wilna, der einen Wert von annähernd 10 Millionen M hatte, für 2 Millionen M an die Bolschewiken verkauft zu haben, steht der Fliegerleutnant Forster, der vor einigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert worden ist.

Mathematische Berechnung des Friedensschlusses. Wie wohl manchen bekannt, kann man den Friedensschluß von 1870/71 mathematisch berechnen. 1870 + 1871 = 3741. Die Quersummen der beiden ersten und letzten Ziffern ergeben den Tag des Friedensschlusses, nämlich 3 + 7 = 10, 4 + 1 = 5, also 10 und 5, d. h. 10. 5, oder 10 Mai 1871. Die gleiche Rechnung hat ein Leser des „Frankf. Generalanzeigers“ auf andere Zeit angewandt, wo sie folgendes ergibt: 1914 + 1919 = 3833. Die Quersummen der beiden ersten und letzten Ziffern ergeben 11 und 6, also wäre der Tag des Friedensschlusses der 11. Juni dieses Jahres.

Kaffee-Ertrag oder Schnupftabak. Die Einlaufgenossenschaft für Kaffeevorte und Hotels in München kaufte von der Firma Großschaffner & Mettner in Hamburg auf Grund eines ihr vorgelegten Probekaufers 600 Zentner Kaffee-Ertrag um 129 000 M , der sofort bezahlt wurde. Die Einlaufgenossenschaft beanstandete die gelieferte Ware wegen ihres Geruchs und stellte die ganze Sendung der Verbraucherin zur Verfügung. Es kam zum Prozeß in München, bei dem vor sachverständiger Seite erklärt wurde, die gelieferte Ware sei kein Kaffee-Ertrag sondern Schnupftabak. Die gerichtliche Entscheidung liegt noch aus.

Das Ende eines Mäherischen. Von einer aus der Ukraine eingetroffenen hohen russischen Persönlichkeit wird folgendes mitgeteilt: Der Heilige des Ostens, der Moskauer Außerordentlichen Kommission zum Kampf mit der Konterrevolution, Spekulation und Sabotage der Kiste Peters, ist auf Befehl der Sowjetregierung erschossen worden. Durch Enthaltungen des bekanntesten Burgen wurde festgestellt, daß Peters, einer der gauftamsten und energiegelassen Mitglieder der Moskauer Außerordentlichen, früher Spigel und Agent-Bovolateur der alten zaristischen Regierung in Riga gewesen ist. Es ist dies bekanntlich nicht der erste Fall, daß ein führender Bolschewik sich als Spigel entpuppt. Bezeichnend ist es, daß Peters, der Täufler das himmernden lassen, als er selbst zum Nichts geschleift wurde, sich ungläublich feige auführte. Er umklammerte die Knie der Wogardisten, küßte ihre Hände, weinte und flehte, ihn am Leben zu lassen. So sind sie alle, diese feigen Wörder, die durch sinesische und forensische Denker Tröster von Blut vergossen haben!

Die Vertreter des neuen Deutschlands. Während früher die gleichen Besuche die größte Zahl der Mitglieder zu den Parlamenten stellten, sind jetzt im Zeitalter der Demokratie sehr viele Männer in der Nationalversammlung, die aus den einfachen Volksschichten herorgegangen sind. Wenn man jetzt z. B. in dem oben erwähnten Wälschen „Die Nationalversammlung in Wort und Bild“ (Stuttgart, Volksverlag für Politik und Verkehr M . 1,20) die Lebensläufe der Abgeordneten liest, erkennt man so recht den Aufstieg des Volkes im neuen Deutschland. Da gibt es eine Menge Abgeordneter, die als Arbeiter oder Handwerker begonnen haben und sich der gewerkschaftlichen Organisation gewidmet haben, und dann in die politische Laufbahn eingetreten. Es ist sehr lehrreich, diese kurzen Biographien zu lesen, deren Interesse noch dadurch erhöht wird, daß das Buchlein auch die Bilder der Abgeordneten enthält. Außerdem findet man darin eine belehrende Statistik der Wahlen und alles Wichtige über die neue Reichsversammlung.

Die graue Frau

Roman von A. Holtzer-Ost.

„Ich verleihe dich wieder nicht“, sprach er endlich schmerzhaft. „Ich begreife es nicht, weshalb du nicht einfach deinen Abschied nehmen kannst, einen vernünftigen Beruf ergreifen und dann langsam deine Verwicklungen beilegen, mit selbstverdientem Geld. Dein Erbteil ist dir bereits längst ausbezahlt, ist in alle Hände zerstückelt. Ein

großer Teil deines Geldes muß im Geheimen bleiben, ebenso wie die Kapitalien, welche deine Großmutter und deine Brüder besitzen, die nicht sichtbar sind. Die Firma müßte zugrunde gehen, wenn ich leidenschaftig genug wäre, immerfort so hohe Summen herauszunehmen.“

„Du läßt natürlich lieber mich zugrunde gehen?“

„Nein. Aber du kannst mich nicht von der Notwendigkeit eines solchen Opfers überzeugen. Vor einem Jahre bist du auf diesem gleichen Wege gestanden und bistest mich ebenfalls dringend, wie heute. Und ich gab dir die gleiche Antwort. Du stelltest du mir auch damals die fürchterliche Aussicht: die Kugel, damals war ich noch schwach und gab das Geld. Heute gebe ich es nicht mehr.“

Nach einer Minute lang stand der junge Offizier, stumm nach einer Stelle starrend, wie in tiefen Gedanken. Dann ging es wie ein Wind durch seine geistreiche Gestalt. Doch hob er den feinen dunklen Kopf.

„So lebe wohl, Vater“, sagte er mit völlig klarer Stimme. „Ich gehe.“

„Nach ein Wort, Dagobert!“

Die Stimme des Vaters klang nun doch etwas milder.

„Bleibe dich! Überlege es dir noch einmal, wozu ich dir das nochmals sagen möchte. Die ganze umfangreiche Fabelwelt mit der kleinen Nella Wille, Antoinette Wille, ein für allemal aus dem Kopf. Du sagtest einmal, du wärest dir keinesfalls klar, ob in dem Korbpost aus nur ein Funken von Liebe — was man nämlich so wirkliche Liebe nennt — zu dir steht. Das Wäsel ist ja auch faunisch, noch ganzlich unklar, ein gutes Kind, das man lieben kann, mochte man eben will. Ich weiß, daß die Ansicht auch in dieser Hinsicht nicht mit uns, mit deiner Großmutter und mir, übereinstimmt. Er ist sentimental, ebenso wie deine Mutter, und möchte gern aus der jetzigen kindlichen Zuneigung ein Band für das ganze Leben schmieden. Aber ich habe die Liebeshetären.“

„Du hast sie nicht immer geliebt, Vater.“

„Leider“, sagte die alte Frau aus ihrer dunklen Ecke herüber. „Wäre es nach mir gegangen, Antoinette hätte das Kind der Eheaterrentistin als sein Weib in unser Haus geführt. Solche Leute sind gut zu Viebelen, zur Ehe taugen sie selten.“

„Großmutter, du sprichst von Mama — von meiner geliebten Mama“, sagte Dagobert Gerhards in einem sehr bestimmten, fast bedrohlichen Ton. „Und vor mir darf über Mama nicht in dieser Art gesprochen werden. Ich habe das nicht.“

Antoinette Gerhards hob abwehrend die Rechte.

„Kommen wir das, es ist hier nicht von Belang. Also, um zu unserer Angelegenheit zurückzukehren, Dagobert! Diesmal kann ich nicht helfen. Die Welt immerhin noch ein ganz annehmbarer Ausweg: Bemüh dich um Clara Siefert! Das Mädchen ist sehr reich, selbständige Besitzerin der großen Firma Siefert, sie ist höchstens um fünf Jahre älter als du, derlei Unternehmerrufen haben bei Vermählungen durchaus nichts zu sagen. Ich schenke dir sogar allen anderen Dingen vorzuziehen, folglich darfst du auf Erfolg bei ihr rechnen. Was willst du in deiner heutigen Lage mehr? Täufler haben vor dir einen solchen Reichtumsunter ergriffen, Täufler werden es nach dir tun. Wer durch seinen eigenen Leichtsinn in der Klamme steht, hat das Recht der freien Selbstbestimmung, meiner Ansicht nach, verloren.“

„Gnug, Papa.“

Dagobert Gerhards hatte sich stramm aufgerichtet und stand jetzt mit einem beinahe höflichen Ausdruck in dem schönen Gesicht vor dem alten Herrn.

„Beide wohl, Papa“, sagte er mit völlig klarer Stimme. „Ich gehe.“

Fast ohne es zu wissen, streckte er die Hand aus zum Abschied. Aber Herr Antoinette Gerhards konnte noch immer in seiner Papieren und sah die Bewegung des Sohnes nicht. Biletsch wollte er sie auch nicht sehen. Da wendete sich Dagobert nach einer leisen Verbeugung vor der alten Dame, welche noch immer regungslos in der Ecke saß, kurz um und schritt zur Tür. Mit einem dumpfen Laut fiel diese hinter ihm ins Schloß. Eine Stunde lang blieb Dagobert draußen stehen und lauschte. Hatte der nicht jemand seinen Namen gerufen? War der Vater zur Bestimmung gekommen? Sollte er ihn zurück? Oder kam die Großmutter mit ihren abgerunden Schritten, um noch ein gutes, ein verständliches Wort zu sprechen?

Dagobert Gerhards horchte angestrengt. Ganz deutlich vernahm er sehr leise Schritte, dann, sehr gedämpft, aber doch klar vernehmbar, ein Hinhin- und Hinausgehen, wie von einem Frauengewand. Aber das Geräusch kam nicht näher, im Gegenteil: es entfernte sich allmählich. Und nun — der junge Offizier zuckte zusammen, als seine Sinne schärften sich — nun ein schnelles, scharfes Aufspringen einer Tür. Und dann wieder leise Schritte.

Antoinette bog er den Kopf vor. Das kam entsetzlich nahe dem Zimmer des Vaters. Das kam von irgendwoher, von nebenan. Ja, geknall! Nun nebenan. Aber dicht neben ihm irrte sich die gleichförmig dunkel getäfelte Wand des ihmeligen Ganges hin, durch den leben gehen mußte, der in das Kontor des Vaters wollte. Es konnte unmöglich hier jemand eine Tür schließen. Laufstube seiner erregten Sinne, weiter nichts! Das Blut hämmerte ihm in den Schläfen, seine Pulse floren. Er hatte sich getrrt, ohne Zweifel. Aber trotzdem Dagobert Gerhards sich diese Überzeugung immer wieder selbst wiederholte, blieb er doch noch eine ganze Weile stehen und sann dem eigenartigen Laut nach. Und während er in den vor ihm liegenden halbdunklen Gang trat, kam ihm die alte Wäre in den Sinn, die er in ferner Kinderzeit so oft vernommen, wenn er dem alten Dietrich sah

Zurücksetzung folgt.

Baumaterial

somit beschaffbar

Anfragen an:

Ambi Abt. II K.

Charlottenburg 9.

Heraus mit unseren Gefangenen!

Aufruf!

Erwacht, ihr Volksgenossen! Besinnt Euch!

Es ist möglich, daß Ihr kalt, gleichgültig und teilnahmslos bleibt wenn Hunderttausenden Eurer Brüder namenloses und entsetzliches Elend droht? 800 000 Deutsche warten als Kriegs- und Zivilgefangene auf die Heimkehr in ihr Vaterland, zu ihren Angehörigen.

In Elend, Krankheit und Not, in der Verbitterung und Verzweiflung von 4 Jahren ist die Hoffnung auf die Heimkehr nach Ende des Krieges vor obigem Zusammenbruch bewahrt. Und diese letzte Hoffnung ist zur letzten fürchterlichen Enttäuschung geworden. Der Krieg ist aus, die Gefangenen, die in Deutschland waren, sind in ihr Vaterland zurückgeführt, das deutsche Heer ist aufgelöst. Weder die Möglichkeit noch der Wille einer Erzbürokratie Deutschlands ist da.

Keinen Grund gibt es mehr, den Männern die Heimkehr zu verweigern, die länger denn vier Jahre unter den düstertesten und elendesten Bedingungen gelebt haben. Was doch wird ihnen die Nacht he versagt! — Aus welchem Grunde, zu welchem Zwecke? Nur Lust am Leiden Wehrloser kann Grund, nur Verneinung der Gerechtigkeit sein. Deutsche, wacht Ihr! Das schweigend mitansehen, wacht Ihr! Eure Pflicht als Vaterbrüder, Eure Pflicht als Menschen vernehmen!

Bei den Vorriederungsverhandlungen sollte die Heimführung der deutschen Gefangenen geregelt werden. Das Versprechen ist unseren Unterhändlern bei Abschluß des Waffenstillstandes gegeben worden. Das Versprechen ist gebrochen. Die Regelung der Heimführung ist auf den Hauptfriedensschluß, auf ungewisse Zeit verschoben. Einen Vorrieder gibt es nicht mehr. Ein Verstoß der Gerechtigkeit ist uns und der Welt versprochen worden. Diese Einseitigkeit ist die jeder Menschlichkeit und Gerechtigkeit widersprechende Zurückhaltung von 800 000 Menschen!

Deutsche, wacht Ihr! Stumpft und gleichgültig das zulassen? Von Euch hängt das Schicksal der Gefangenen ab, mehr als von unseren Gegnern. Wenn Ihr Euch aufrichtet, wenn Ihr für sie eintrittet, könnt Ihr sie retten aus Not und Elend, Verzweiflung und Wahnsinn.

Erhebt den Ruf: Gebt uns unsere Ehre, Männer und Brüder, gebt uns die Menschen wieder! Laßt den Ehre der Empörung hinausdröhnen in die Welt durch die Mauer, die Lüge und Verleumdung um und errichtet haben, an das Ohr eines jeden, der nicht sein Gewissen und sein Menschlichkeitsgefühl in Haß hat erlösen lassen.

Gefangenenschaft nach Kriegsende ist Sklaverei! Schande über einen jeden, der Menschenantheit trägt und die Vergewaltigung von Menschen duldet! Doppelte Schande über den, der die Vergewaltigung seiner Volksgenossen duldet!

Schreit das Gewissen der Menschheit wach! Kein Völkerverbund wird die Schmach tilgen können, die die ganze Menschheit auf sich läßt, wenn sie es zuläßt, daß 800 000 Menschen, 800 000 Männer, die ihre Pflicht getan, ihren Angehörigen, ihrer Heimat, ihrem Volk vorenthalten und zu Sklaven gemacht werden! Deutsche, wir wollen Euch wecken! Und Euer Ruf,

der Ruf von 70 Millionen soll die Welt wecken und unseren Brüdern Rettung bringen. Tretet dem Völkerverbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen bei und macht Euch seine Forderungen zu euren. Eure Brüder habe jahrelang für Euch gelitten. In dieser Stunde hängt das Schicksal Eurer Brüder von Euch ab.

Damen und Herren, die an der Gründung einer Ortsgruppe für Lehrer und Umgebung mitwirken wollen, werden gebeten, dem Unterszeichneten Mitteilung zu machen.

Heraus mit unseren Gefangenen!

Der Völkerverbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17—20.

Verbandsgruppe Zeit W. Esser, Postfach 111. Vorsitzender.

Erklärung!

Zur Klarstellung der Gründe über die Fortsetzung des Streiks der Angehörten im mitteldeutschen Bergbau erklären wir, daß die Bergbauangehörten zwecks Erreichung höherer Ziele streiken, nämlich um den Bergbau als Nationalgut ein für allemal vor gewalttätigen und ungesetzlichen Eingriffen zu schützen. Die Verwendung des Beamtenstreiks ist abhängig von der Stellungnahme der Regierung und dem Ausfall der zur Zeit noch schwebenden Verhandlungen zwischen der Regierung und Vertretern der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter, die voraussichtlich am 12. ds. Mts. zum Abschluß gelangen dürften und deren Ergebnis wir noch abwarten müssen.

Die Darstellung des Mitteilungsblattes Nr. 8 des Aktionsausschusses Zeit vom 8. ds. Mts. unter der Überschrift: Der Generalstreik geht seinem Ende entgegen: Die Beamten wählten nun gegen die Arbeiter streiken, ist eine grobe Entstellung des wahren Sachverhaltes und soll nur dazu dienen die öffentliche Meinung gegen die Bergbauangehörten aufzubringen.

Wir erheben hiermit nachdrücklichst Protest und betonen, daß die Abwartung der Verhandlungen in Weimar für uns einfach eine Existenzfrage bedeutet, jedoch hierdurch jedem einseitigen Menschen klar sein dürfte, daß die Fortsetzung des Angestelltenstreikes eine zwingende Notwendigkeit für uns ist.

Bereinigung der Angestellten des mitteldeutschen Bergbaues, Streikleitung des Zeit-Weissenfels-Hohenbünower Bezirks.

Lebensmittelmarken.

Am Freitag, den 14. d. Mts. nachmittags von 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die Brotmarken für die Zeit vom 17. bis 30. März 1919 ausgegeben.

Leuchter, den 11. März 1919.

Der Magistrat, Zimmermann.

Kerzen-Verteilung.

An die Inhaber von Leuchtmitteln wird marktfrei eine Kerze zum Preise von 15 Pf. abgegeben. Die Kerzen sind bei demjenigen Kleinhandlery abzuholen, wo die Eintragung in die Kundenliste bewirkt worden ist, die Abgabe geschieht vom 13. ds. Mts. ab.

Leuchter, den 10. März 1919.

Der Magistrat, Zimmermann.

Wasserdicht und nicht abfärbend

werden ihre Schuhe bei fortlaufendem Gebrauch von Dr. Gontner's Schuhwachslederputz



Nigrin

Stets gleichmäßig in Qualität.

Wurde während des ganzen Krieges als Ersatzmittel geliefert, also keine abfärbende Wasserfarben.

Auch bei feinsten Kälte garantiert frostfrei. Sprechler, auch des so beliebten Parfiteiboden-u. Linoleumwachs Nuberin: Carl Gontner, Göttingen.

Freiw. Verteigerung.

Ein Sofa, ein Kleider-schrank, eine Kommode u. Glasanfaß, ein Tisch, ein Nähtisch u. versch. a.

solten Donnerstag nachm. 2 Uhr möglichst eilig versteigert werden.

Funthall Nr. 15.

Ein fast neuer Spiegel

ist billig zu verkaufen. Zu erfragen in d. Geschäfte d. Bl.

Kolzes Töpferlei

empfehlen

Allelei Tonwaren

Geflügeltränken für Enten, Gänse usw.

1 Paar neue Herrenschürschuhe Nr. 43

und 1 Paar gebrauchte Schnürschuhe Nr. 41

sind zu verkaufen. Wo lagst d. Exp.

Tragende Häsin

zu verkaufen. Wo, sagt die Geschf.

Eine hochtragende Ziege

zu verkaufen. Zu erfragen i. d. Geschäfte d. Bl.

Wer baut für Zuckerfabrik Zeit unter günstigen Bedingungen 2 Morgen Pflanztriden?

Anfragen an

Institut Landmann, Zeit

Kleineres Gut

100 — 200 Morgen mit gutem Mittelboden suche ich

sofort zu kaufen.

Angeb. a. d. Geschäfte d. Bl. erbeten.

1 Schuhmacherlehrling

kann Ostern antreten bei Kurt Busch, Schuhmachergstr.

Einde

2 Frauen

zur Gartenarbeit

Kostlos, Trockenfabrik.

Ein eheliches, sauberes Mädchen wird als

Aufwartung

sofort gesucht.

Zeigerstraße 31.

Warnung.

In meinem umzäunten Grundstücken sind

Selbsthüffe

gelegt. Ich warne vor jeden Betreten derselben. Eltern mögen ihre Kinder warnen.

Dsm. Hildebrandt.

Vereinigter Turnverein E. V. D. T.

Turnstunden

Dinstag und Freitag: Turner, Freitag: Turnerinnen.

Der Turnrat.

Ehrenerkklärung.

Die von mir gegen den Bergarbeiter Karl Köhler aus Kötzleben ausgesprochene Verleumdung nehme ich als unwohl zurück.

Berta Beck, Kötzleben.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Meyerers, Leipzig.



Einen Posten Lämmer u. Schafe

zur Zucht stehen vom Mittwoch, den 12. März

an zum Verkauf bei

Ernst Böker, Hildesheim.

Wir haben von heute prima

Belgische Pferde

schweren und leichten Schlags zum Verkauf.

H. Reiffert & Sohn, Greiburg a. U.



Dr. Blümel, Halle, Magdeburgerstr. 47.

Facharzt für Hals, Nase, Lunge.

Von der Reise zurück.

Pür die Aufmerksamkeit anlässlich unserer

Vermählung

sagen wir allen Verwandten Freunden und Bekannten herzlichsten Dank.

Fritz Födisch und Frau
Rosa geb. Schwager.

Donnerstag, d. 13. März

C. Extraverfammling

in „Vereinsheim“ Anfang 6 Uhr.

Der Vorstand.

Schützenverein Schortau.

Freitag, d. 14. 8. 11 Uhr abends

Versammlung

Der Vorstand.

Gasth. Schortau

Sonntag, den 16. März

gr. Maskenball

von nachm. 4 Uhr

Ball

Einlaß der Masken 1/2, 7 Uhr.

Die schönsten Masken werden prämiert.

Um gültigen Zutritt bittet

H. Georgi.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Tode und Begräbnisse unserer lieben unvergesslichen Tochter und Schwester

Marie Böttcher

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Gröben, den 12. März 1919.

Die trauernden Eltern
Gustav Böttcher
nebst Geschwistern.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer viel zu früh dahingegeschiedenen lieben Tochter und Schwester

Marianne

sagen wir allen die ihren Sarg mit Kränzen und Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe begleiteten, herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern
Ernst König u. Kinder.

Protokollbücher
Kassalhefter
Kassabücher
Löcher
Liniale
zu haben bei
Otto Lieferenz.

Herzlichen Dank allen für die Geschenke und Gratulationen zu unserer Hochzeit.

Arno Enke u. Frau
Olga geb. Heinicke.

Ihre vom heutigem Tage vollzogene

VERMÄHLUNG

beehren sich anzuzeigen

Lokomotivführer
RICHARD KRÖGERER u. FRAU
GERTRUD geb. RUSCHÉ.
Zeit, Hylsborferstr. 22.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben kleinen

Walter

können wir nicht unterlassen, unsern innigsten Dank auszusprechen. Paten, für das schöne Sterbekleid, dank allen Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten, für den reichen Blumenschmuck und Geldspende. Dank den werten Trägern, die den Entschlafenen zur letzten Ruhestätte trugen. Dank der Streikleitung von Tenehern, für die mir zugesandte Unterstützung.

Dir aber, lieber Walter, rufen wir ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Tenehern, den 11. 3. 19.

Albin Wegel u. Frau.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer viel zu früh dahingegeschiedenen lieben Tochter und Schwester

Marianne

sagen wir allen die ihren Sarg mit Kränzen und Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe begleiteten, herzlichsten Dank.

Die trauernden Eltern
Ernst König u. Kinder.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend

Anzeigenpreis: Die Einzelzeile 15 Hgr.

Aufnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehrerstraße 10 bis spätestens dem 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Halbjährlicher Preis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 RM. von unseren Lesern ins Haus gebracht 1,75 RM. und durch den Briefträger 1,74 RM.

Halbjährliche und monatliche Bestellungen werden außer in der Geschäftsstelle, Zehrerstraße 10, auch zu unseren Zentren und allen hiesigen Buchhandlungen angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 31.

Donnerstag, den 13. März 1919.

58. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung

Prämar, 10. März. Die Sitzung wurde 2 Uhr 20 eröffnet. Tagesordnung: Ernährungsinterpellation. Zur Begründung führt Abg. Peters (Dem.) aus: Die Regierung muß abholener Wahrheit und Klarheit dem deutschen Volk sagen, wie die Lage ist. Andererseits müssen wir das moralische Gefühl des Volkes aufreihen. Die Arbeitsentstellungen müssen aufgehoben, damit die vorhandenen Vorräte nicht aus Furcht vor der Unmöglichkeit vergeudet werden, aus damit die neue Ernte gesichert wird.

Wir fordern speziell die Aufhebung der Zwangsversorgung für Fleisch und Eier, weiter den Abbau der Kriegsgewaltigungen. Zum zweiten haben wir unsere Interpellation eingebracht, um an das Gewissen der Welt zu appellieren. Wenn wir nicht die Lebensmittel bekommen, die wir haben müssen, dann wird das nicht allein zu einer deutschen, sondern zu einer europäischen Katastrophe führen. Wenn aber der russische Bolschewismus Deutschland und schließlich ganz Europa überflutet, dann mögen die Mächte die Verantwortung tragen, die sie haben aber nicht wollen.

Abg. Dr. Semmler (Dn.) Die Zwangsversorgung muß nach dem Vorschlag von Dr. Mölde abgebaut werden. Die Aufhebung einer bestimmten Menge ist zu verlangen; im übrigen muß aber den Landwirten volle Freiheit gelassen werden. Die Landwirtschaft kann nur gefördert werden durch den Privatbetrieb, nicht durch Sozialisierung.

Deutsche Nationalversammlung.

Präsident Lehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten mit dem Verlesen einer Mitteilung des Erzbischofs des freiwirtschaftlichen Landesverbandes an die Nationalversammlung, wonach die Vereidigung des in Halle getöteten Oberleutnants v. Klüber am Dienstag nachmittags 3 Uhr stattfindet.

Meine Damen und Herren! Oberleutnant v. Klüber ist beantragt gewesen, die militärischen Maßnahmen zum Schutze der Nationalversammlung in und um Weimar zu treffen. Er hat dies in mühseliger Weise bestritten. Sein Tod in Halle ist auch erfolgt im Dienste für die Ordnung und damit auch für das Vaterland, im Dienste für die Nationalversammlung. Er ist in bestmöglicher Weise hingemordet worden. (Beifall.) Bei diesem Anlaß gedenken wir auch mit Schmerzlicher und herzlichster Teilnahme der künftigen Mächte, welche die Vorfälle in Weimar unter unseren tapferen Soldaten und unter den braven Schutzleuten gefordert haben. Auch sie sind im Dienste der Ordnung und damit des Vaterlandes in die Ewigkeit hinweggegangen, gefallen

oder auch zum Teil hingemordet. (Beifall.) Wir der Reichsversammlung sind geborenen Oberleutnants v. Klüber wird die Nationalversammlung sich beteiligen. Eine Abordnung wird sich nach Halle begeben und dort die Nationalversammlung vertreten. Vizepräsident Kaufmann wird namens unserer Nationalversammlung einen Kranz zu Ehren des Verstorbenen niederlegen.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Antragsen.
Abg. Rahmann (Soz.) weist auf die unzureichende Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln hin.

Reichsernährungsminister Schmidt: Die Gründe dafür, daß die Abgabe der Bevölkerung von fünf Pfund nicht überall stattfinden kann, liegen hauptsächlich in der Transportverhältnisse. Sobald freies Getreide zu erwarten ist, Anfang April — werden die Transporte in verdecktem Maße wieder aufgenommen werden.

Geheimrat Trendelenburg: Aus den Mitteilungen des Zentralrats für die Wahlen zum zweiten Wahlgang geht hervor, daß Mitglieder aller politischen Parteien die Wahlvorschläge einreichen können. Die Anordnung des Reichsernährungsministers über diese Bestimmungen und ist daher ordnungsgemäß.

Abg. Sollmann (Soz.) macht auf das Verbot des Bierkonsumierens der Militären aufmerksam, im besetzten Gebiete Neuwahlen zu den Gemeinderäten vorzunehmen.
Unterstaatssekretär Albert: Die deutsche Regierung hat wegen dieses Verbots unerschütterlich den Militären angefragt. General Hubert hat erwidert, die Weisungsgewalt hätten ein Interesse daran, daß die gegenwärtig im Amt befindlichen Kommunalbehörden vollständig noch auf ihren Posten verbleiben. Die deutsche Regierung wird erneut ersuchte, die Verbote gegen dieses Verbot einzulegen.

Verzweifelte Ernährungslage.

Die Interpellation der Abgeordneten Müller, Dresden (Soz.), Wöberer (Str.) und Bahr (Dem.) über die künftige Ernährung des deutschen Volkes führte in der Nationalversammlung zu einer

lebhaften Aussprache, die leider nur allgemein von überaus großen Ernst der Lage konstatierte.

Der Reichsernährungsminister Schmidt kam bei seinen Ausführungen zu folgendem Ergebnis: Es bleibt uns nur übrig, den Fehlbetrag für die Volksernährung durch Einfuhr von Ausland zu decken. Leider sind das und Lebensmittel zu entsetzen, doch die Stimmen der Nahrungserkäufer werden und doch der Appell an Menschlichkeit und Gerechtigkeit verfaßt wie die Stimme des Redners in der Wüste. Alles heißt dafür, daß der Wirtschaftskampf auch nach Kriegsende mit aller Schärfe fortgesetzt werden soll. Trotz allem: Es ist nicht so schlimm wie früher, wenn wir nicht durch sturloze Streiks und politische Unruhen die Einfuhrmöglichkeiten aus dem neutralen und sogar aus dem feindlichen Ausland unterbunden worden wären. Wir hätten Lebensmittel in nicht geringen Mengen wie Fleisch, Getreide, Milch, Fett und Getreide, eingeführt können, wenn wir die nötigen Kombinationen dafür hätten bieten können, und zwar Kohle, Kaffee und Eisen. Weil wir das aber nicht bieten konnten, sind uns diese Lebensmittel vor der Nase weggeschmitten worden. (Beifall.)



die Lagerechte und Krankenhäuser sichergestellt ist. Endlich können wir vielleicht, wenn der Verbrauchszucker sichergestellt ist, das, was darüber hinausgeht, freilassen. Dagegen muß ich mit aller Entschiedenheit die Aufhebung der Zwangsversorgung für Brotgetreide ablehnen, für Fleisch, für die Butter und Milchversorgung und für die Kartoffelversorgung. Ich glaube nicht, daß die deutsche Landwirtschaft unseren Bedarf decken könnte. Trotzdem werden wir alles tun, um die Produktion zu erhöhen, schon weil wir gar nicht die Mittel haben, eine große Einfuhr finanziell zu bestreiten.

Die Lösung der Arbeiterfrage sehe ich in der Schaffung eines heimischen Viehs, dem auch im Ausland genossenschaftlicher Einrichtungen die Möglichkeit gegeben wird, sich die technischen Fortschritte zunutze zu machen.

Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt Ederer v. Braun gibt einen eingehenden Bericht über die Vorgehensweise der letzten Verhandlungen in Spa. Der Oberste Kriegsrat in Paris hat sich vor einigen Tagen eingehend mit der Frage der deutschen Lebensmittelversorgung beschäftigt, und es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es zu einer Einigung des Waffenstillstandes nicht kommen wird, vielmehr werden die Verhandlungen fortgesetzt werden. Unsere Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Neue Verhandlungen werden kommen, und auf die Dauer wird sich die Welt den Verpflichtungen, die sie Deutschland gegenüber hat, nicht entziehen können.

Abg. Schiele (Dn.) erstattet einen Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über Arbeitsmarkt und Landwirtschaft. Er unterbreitet der Nationalversammlung einen Antrag dieses Ausschusses, der eingehende Vorschläge enthält für eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte und zur Förderung der dringenden Arbeiten in

der Landwirtschaft, insbesondere der Frühjahrsstellung.

Abg. Blum (Str.): Wir Landwirte werden unter keinen Umständen streiken (Beifall), es ist unser aller Aufgabe, die Erzeugungsfähigkeit des Bauernstandes zu fördern. Möchten es doch unsere Chemiker dahin bringen, einige Kilometer überflüssiger Verbindungen in Stofflos zu verwandeln (Sehr gut und Heiterkeit.) Wilson sollte seine 14 Punkten den 15 hinzufügen: Laß deinen Räubern nicht verhungern, auch wenn es dein Feind ist. (Beifall.)

Abg. Wurm (L. Soz.) spricht auf Grund seiner Erfahrungen über die Lebensmittelversorgung und auch über die Streiks und die Vorkommnisse in Liebenberg, die er zwar nicht zu befehlen, aber doch zu entschuldigen versucht.

Reichsminister David: Früher hatten wir keinen Nahrungsmittelmangel, keinen Nahrungsmittelmangel, das war der Streik ein berechtigtes Kampfmittel. Das kann er heute nicht sein, weil wir in Gefahr stehen, in einen Hunger zu hineinzuführen. Das Streikrecht des Volkes anfangs. Der Streik ist ein Verbrechen, wenn er sich gegen das Leben der Gesamtheit wendet, das muß jeder verständige Arbeiter einsehen. Wir hätten aus neutralen Ländern manche Nahrungsmittel bekommen können, wenn wir dafür Möglichkeiten geben hätten. Die Unabhängigen Sozialisten tragen die Verantwortung daran, daß es zu diesen furchtbaren Schörungen unserer Wirtschaftslage gekommen ist, und daß die Gewalt des gegenwärtigen Unwirsens fortzuhalten. (Stimmlicher Widerspruch bei den L. Soz.)

Abg. Eisenberger (Bayer. Bauernbund): Als kleiner Gebirgsbauer will ich nur ein paar Worte zu Euch sprechen. Auf dem Gebiete des Getreidehandels wird viel gefehlt, am meisten von dem besseren Stande, die auf die Welt der ungünstigen viel Abgangsmittel aus dem Lande herausziehen. Die Frage über den Mangel an Landwirten ist ebenfalls. Der Mangel liegt aber zweifellos daran, daß der Grundbesitz infolge der vertriehenen Wirtschaft zu wenig stillstand produziert. Mit Recht verlangt der Ausschuss die Inangriffnahme von Kulturarbeiten in den Forsten. Bei uns in Bayern haben die Forstwirtschaftler ihre besten Gebiete aufgegeben und in Jagdgründe verwandelt. Auch die Regierung hat manche Fehler begangen, ich erinnere nur an ihre verkehrte Sanftmütigkeit. (Große Heiterkeit.) Man sorge dafür, daß die Gendarmen, die man hinausgeschickt, um die Bauern zu kontrollieren, nicht bei den Grundbesitzern vorbeigehen. Der Grundbesitz, der bisher so wenig für die Volksernährung geleistet hat, muß aufgestellt werden. (Beifall.)

Abg. Sollmann (Soz.): Die eben gebrachte vorzügliche Rede beweist, wie viele Berührungspunkte zwischen Kleinbauern und Sozialdemokratie bestehen (Beifall) und auch nach sehr bedeutsam, als zwischen Herrn Eisenberger und den Großgrundbesitzern. Ich habe volles Verständnis für den tiefen sittlichen Gehalt des Christentums; wollen alle nach dem Grundgesetz handeln: Nicht dem Ausruhen zum Pro, dann brauchen wir keine Sozialisten. Aber am allergeringsten die Landwirtschaft hat nach diesem Wort und nach dem Satz „Nehmt keinen Räuber, auch nicht selbst“ gehandelt.

Abg. Dürke (D. V.): Auch die bescheidenste Sozialisierung in der Landwirtschaft wäre der größte Gewinn Deutschlands; die Regierung würde an dem Verhalten künftiger Landbesitzer vom größten bis zum kleinsten ihr blaues Wunder erleben. An jeder Kuh, die man zum Schlachten abführt, verlieren wir mindestens 1000 Mark (Sehr Widerspruch links). Den Verdienst am Schlachthandel an Fleisch erlangt nicht der Landwirt, sondern der Zwischenhändler.

Reichsminister Schmidt: Die Interaktion gedenke ich nicht herabzusetzen, noch den Zuckerpriest auf das Verbot des Friedenspreises zu erhöhen, das ein Verbrechen an den Verbrauchern, auch ein Kartoffelpriest von 10 Mark wäre ungründlich.

Damit schließt die Befragung. Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Darin befindet sich auch der Vorschlag, daß Landarbeiter bei öffentlichen Hofarbeiten nicht beschäftigt werden dürfen, wenn sie ohne zwingenden Grund landwirtschaftliche Stellen abgegeben haben; gegen diesen Vorschlag stimmen die Sozialdemokraten.

Warum die Entente einleitet.

Grund der englischen Anzeigen.
Zu der Vorgesetzte eines nach Weimar geschickten Telegramms, worin die deutsche Regierung verständigt worden ist, daß die Entente es übernehmen will, wenn die Welt bis August mit Lebensmitteln zu versorgen, will eine holländische Quelle folgende interessante Einzelheiten erfahren haben:

Der französische Minister Douhaire hatte noch einen Kompromißvorschlag gemacht, wonach Amerika die Ausgaben für die Ernährung übernehmen sollte, wenn diese 500 Millionen Dollar überließen. Die amerikanischen Delegierten betonten, daß sie durch Verzicht des Kontrahes verhindert seien, einen solchen Vorschlag anzunehmen.